Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Druckzeile beträgt Anzeigenpreis für die Amtshauptmannschaft 30 Goldpfennige und Einzelgemeinde Bezirksfinanzamt 15), ausserhalb 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 80, ausserhalb 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, ausserhalb 65 Goldpfennige.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 78.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Markersdorf, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.
Fernsprecher: Aue 51, Lößnitz (Amt Aue) 540, Schneeberg 10, Schwarzenberg 501. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Geschäftsstellen. Ohne Gewähr für das Erscheinen bestimmter Anzeigen an vorgeschriebener Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückfragen wollen Anzeigen einschließlich Chiffrebriefe beigefügt sein. Die Geschäftsstelle übernimmt keine Verantwortung. — Zahlungen bei Gerichtsbeitreibung, Konkursverfahren oder gerichtlicher Beitreibung können keine Rabatte gewährt werden. Auch Zahlungsverzug und Anklage gegen Redaktion oder Verleger berechtigt nicht zur Rabattkürzung.
Annahmestellen bei: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 8. Sonnabend, den 10. Januar 1925. 78. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Im Freiberger Handelsregister ist eingetragen worden:

1. Am 12. Dezember 1924 auf Blatt 222, die Firma **Ernst Herbert Nachf.** in Aue betr.: Von Amtswegen: Die Firma ist erloschen.
2. Am 17. Dezember 1924 auf Blatt 478, die Firma **Julian Ott Nachf.** in Aue betr.: Die Firma ist erloschen.
3. Am 29. Dezember 1924 auf Blatt 596, die Firma **Baustätte „Erzgebirge", Soziale Baugesellschaft mit beschränkter Haftung** in Aue betr.: Das bisherige Stammkapital der Gesellschaft von 384 000 Mark ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 6. Oktober 1924 im Wege der Umstellung auf 4800 — viertausendachthundert — Goldmark ermäßigt worden. Die Umstellung ist durchgeführt. Das Stammkapital ist durch Beschluß der Gesellschafter von gleichen Tage auf 10 000 — zehntausend — Goldmark erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Gesellschafter von 6. Oktober 1924 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage in den §§ 4, 10, 11 und 18 abgeändert worden.
4. Am 31. Dezember 1924 auf Blatt 575, die Firma **Herrenwäschefabriken Gebrüder Simon, Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** in Aue betr.: Das bisherige Stammkapital der Gesellschaft von 285 000 Mk. ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 28. November 1924 in 285 000 — zweihundertfünfundachtzigtausend — Goldmark umgestellt worden. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokoll vom 28. November 1924 in den §§ 5 und 7 abgeändert worden.
5. Am 2. Januar 1925 auf Blatt 564, die Firma **Ernst Geßner, Aktiengesellschaft, Textilmaschinenfabrik** in Aue betr.: Das bisherige Aktienkapital der Gesellschaft von 3 000 000 Mark ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 18. Dezember 1924 im Wege der Umstellung auf 2 100 000 — zwei Millionen einhunderttausend — Reichsmark, bestehend aus 3000 Aktien über je 700 Reichsmark, ermäßigt worden. Die Umstellung ist durchgeführt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 18. Dezember 1924 laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage in den §§ 4, 8a und 23 abgeändert worden.
6. Am 3. Januar 1925:

a) Auf Blatt 466, die Firma **Maschinen-Fabrik Hiltmann und Lorenz, Aktiengesellschaft,** in Aue betr.: Das bisherige Aktienkapital der Gesellschaft von 1 400 000 Mk. ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 29. Dezember 1924 im Wege der Umstellung auf 1 400 000 — eine Million vierhunderttausend — Reichsmark, bestehend aus 14 000 Aktien über je 100 Reichsmark, ermäßigt worden. Die Umstellung ist durchgeführt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 29. Dezember 1924 laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 4, 14, 18, 21 und 23 abgeändert worden.

b) Auf Blatt 587, die Firma **Christian Gottlieb Weidner, Aktiengesellschaft,** in Auerhammer betr.: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 20. November 1924 ist das bisherige Grundkapital der Gesellschaft von 50 000 000 Mark im Wege der Umstellung auf 2 000 000 — zwei Millionen — Reichsmark, in 1600 auf den Inhaber lautenden Stammaktien zu je 1000 Reichsmark und 200 auf den Namen lautenden Vorzugsaktien zu je 1000 Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag durch Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 5, 20, 22, 23, 25 und 30 abgeändert worden.

c) Auf Blatt 613, die Firma **Etamine Weberei Aktiengesellschaft** in Auerhammer betr.: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 28. Juni 1924 ist a) das bisherige Aktienkapital der Gesellschaft von 50 000 000 Mk. im Wege der Umstellung auf 25 000 — fünfundzwanzigtausend — Reichsmark, bestehend aus 250 Aktien über je 100 Reichsmark, ermäßigt, b) die Erhöhung des Grundkapitals um 25 000 — fünfundzwanzigtausend — Reichsmark, in 250 auf den Inhaber lautenden Stammaktien zu je 100 Reichsmark zerfallend, mithin auf 50 000 — fünfzigtausend — Reichsmark, beschlossen und c) der Gesellschaftsvertrag laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 3 und 20 abgeändert worden.

7. Am 5. Januar 1925:

a) Auf Blatt 435, die Firma **Auer Druck- und Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung** in Aue betr.: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 20. Dezember 1924 ist das bisherige Stammkapital der Gesellschaft von 110 000 Mark im Wege der Umstellung auf 44 000 — vierundvierzigtausend — Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 3 und 4 abgeändert worden. Die Ermäßigung des Stammkapitals ist erfolgt.

b) Auf Blatt 565, die Firma **Auer Metall-Industrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Aue betr.: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 30. Dezember 1924 ist das bisherige Stammkapital der Gesellschaft von 20 000 Mark im Wege der Umstellung auf 8000 — achttausend — Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 4 und 9 abgeändert worden. Die Ermäßigung des Stammkapitals ist erfolgt.

c) Auf Blatt 617, die Firma **Mühlenbetriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung** in Aue betr.: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 30. Dezember 1924 ist das bisherige Stammkapital der Gesellschaft von 500 000 Mark im Wege der Umstellung auf 30 000 — dreißigtausend — Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 5, 6 und 16 abgeändert worden. Die Ermäßigung des Stammkapitals ist erfolgt.

d) Auf Blatt 645 die Firme **Sägewerk- und Holzhandels-Aktiengesellschaft** in Aue und dazu folgendes: Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. Oktober 1923 festgestellt und am 17. November 1924 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die pachtweise Uebernahme und Fortführung sowie Ausdehnung der von den seitherigen Inhabern der Kommanditgesellschaft in Firma „Christian Becher" betriebenen Holzhandlung und des Sägewerks. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 10 000 000 — zehn Millionen — Mark und besteht aus 500 Stück zu je 10 000 Mark und 100 Stück zu je 50 000 Mark auf den Inhaber lautenden Aktien. a) Fabrikbesitzer **Willy Johannes Becher** in Aue, b) Kaufmann Paul Kunze in Chemnitz sind Mitglieder des Vorstandes, laut Gesellschaftsvertrag vom 24. Oktober 1923 und Notariatsprotokoll vom gleichen Tage. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen vertreten.

Ferner wird bekannt gegeben:

Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen, die durch den Aufsichtsrat bestellt oder abberufen werden. Der Aufsichtsrat kann einzelnen Vorstandsmitgliedern die alleinige Vertretungsbefugnis einräumen, er kann auch stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen. Die Generalversammlung beruft der Aufsichtsrat oder der Vorstand. Die Einladungen erfolgen innerhalb der gesetzlichen Mindestfrist. Alle von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Nennwert zuzüglich eines Aufgeldes von 10 000 000 Prozent. Gründer der Gesellschaft sind: die Firma **Christian Becher, Hedwig verw. Becher,** Fabrikbesitzer **Hugo Alfred Becher,** Fabrikbesitzer **Paul Otto Becher, Marie Helene Becher,** Fabrikbesitzer **Willy Johannes Becher,** sämtlich in Aue, Kommerzienrat **Maximilian Friedrich Schwarz** in Oberleutensdorf, Fabrikdirektor **Emil Kunze** in Oberleutensdorf und der Kaufmann **Paul Kunze** in Chemnitz. Die Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Mitglieder des ersten Aufsichtsrates sind: Kommerzienrat **Maximilian Friedrich Schwarz** in Oberleutensdorf, Fabrikbesitzer **Hugo Alfred Becher** in Aue, Fabrikbesitzer **Paul Otto Becher** in Aue und Fabrikdirektor **Emil Kunze** in Oberleutensdorf.

Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstandes des Aufsichtsrats und der Revisoren kann bei dem Gericht, von dem Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Handelskammer in Plauen Einsicht genommen werden.

Weiter ist am 5. Januar 1924 eingetragen worden:

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 17. November 1924 ist das bisherige Grundkapital der Gesellschaft von 10 000 000 Mark im Wege der Umstellung auf 6000 — sechstausend — Reichsmark, bestehend aus 150 Stück zu je 20 Reichsmark und 30 Stück zu je 100 Reichsmark auf den Inhaber lautenden Aktien, ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 4, 27 und 29 abgeändert worden.

Amtsgericht Aue, den 6. Januar 1925.

Unterhaltungsgenossenschaft für die Große Bockau.

Der Vorstand ist auf die Jahre 1925—1927 wiedergewählt worden mit Ausnahme des Herrn Forstmeister Müller, an dessen Stelle Herr Oberstraßenwart Kräuert in Wildenthal getreten ist.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, den 3. Januar 1925.

Nutz- und Brennholzversteigerung. Pöhlaer Staatsforstrevier.

Dienstag, den 20. Januar 1925, vorm. 9 Uhr, im Gasthof „Siegeshof" zu Pöhla.

Kiehe: 10 153 fl. 7—15 cm, 3091 fl. 16—51 cm, 4 und 4,5 m 46 bu. 7—15 cm, 53 bu. 16—29 cm, 3,5 und 4 m. Derbstangen: 14 bu. 8—15 cm. Reisknüppel: 18,5 rm fl. Abteilung 9 und 43 Schläge, 16, 17, 20, 43, 44 Abräumungen, 26 und 61 Bruchflächen, 20, 32, 37, 43—45, 58, 66—68, 70 Durchforstungen.

Von 11 Uhr ab zunächst an Verkaufshaus der Orte Rittersgrün, Pöhla und Grünstädtel, dann auch an Händler.

Brennscheite: 1 rm bu. und 174 rm fl., Brennknüppel 4 rm bu. und 114 rm fl., Zacken: 70 rm fl., Reisig: 120 rm.

Forstamt Pöhla. Forstkasse Schwarzenberg.

Die Regierungskrise.

Berlin, 8. Januar. Reichskanzler Marx hat heute vormittag vom Reichspräsidenten den offiziellen Auftrag erhalten, ein Kabinett auf der Basis des Zentrums und der Demokratischen Partei in der Form zu bilden, daß ein Teil der durch den Austritt volksparteilicher Minister und sonst frei gewordener Ministerien mit Staatssekretären besetzt werden. Der Reichskanzler hat im Laufe des heutigen Vormittags nochmals mit den Führern der verschiedenen Parteien Besprechungen gehabt, um ihre offizielle Stellungnahme zu einem derartigen Kabinett kennen zu lernen. Die Opposition der Deutschnationalen ist eine Selbstverständlichkeit. Die Deutsche Volkspartei wird nach den bisherigen Erklärungen einem derartigen Kabinett ein Mißtrauensvotum geben, wenn die Ergänzung der frei werdenden Posten in einer Form erfolgen sollte, die ein weiteres Linksschwenken des Kabinetts andeutet. Wie weiter mitgeteilt wird, haben sämtliche zur Leitung von Ministerien in Aussicht genommene Staatssekretäre sich geweigert, in die Regierung einzutreten. Ebenso haben Kanitz und Geßler sich nicht bereit finden lassen, in einem Kabinett mit Koch mitzuwirken. Unter diesen Umständen wird Marx, der außerdem durch den Zusammenbruch seines Fraktionskollegen Hoefle sehr gebeugt ist, auf die Kabinettsbildung wohl verzichten.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Reichskanzler Dr. Marx noch heute seinen Auftrag dem Reichspräsidenten zurückgeben werde, weil ihm Reichsfinanzminister Dr. Luther erklärt habe, daß er in keinem Falle einem Kabinett angehören werde, das nicht mit Sicherheit auf eine Mehrheit im Reichstage rechnen könne. Man nimmt daher an, daß vielleicht Dr. Luther mit der Kabinettsbildung beauftragt werden dürfte.

Berlin, 8. Januar. Um ½8 Uhr abends verließ Reichskanzler Marx die Fraktionssitzung des Zentrums, auf der abermals eine eingehende Aussprache über die Lage stattgefunden hatte, und begab sich zum Reichspräsidenten, um diesem Bericht zu erstatten.

•

Eine Ministerliste.

Berlin, 8. Jan. Wie gemeldet wird, hofft Reichskanzler Marx, daß es ihm möglich sein werde, schon (!) heute abend dem Reichspräsidenten die Namen der neuen Leiter der Reichsministerien zur Ernennung vorzulegen, mit der neuen Regierung morgen vor den Reichstag zu treten und die Regierungserklärung abzugeben. — Die Leitung des Außenministeriums dürfte Marx selbst übernehmen. Vizekanzlerschaft und Reichsministerium des Innern sollen dem Führer der Demokratischen Partei Koch übertragen werden. Das Reichswehrministerium solle in den Händen Dr. Geßlers verbleiben. Das Reichsfinanzministerium werde von Dr. Luther, der kein Parlamentarier ist, weiter verwaltet werden, desgleichen das Reichsarbeitsministerium von Dr. Brauns. Das Reichswirtschaftsministerium und das Reichspostministerium dürften von den Staatssekretären Trendelenburg und Sautter besetzt werden. An die Spitze des Justizministeriums werde Staatssekretär Dr. Joel und an die Spitze des Reichsverkehrsministeriums Staatssekretär Krohne treten.

• • •

Berlin, 8. Januar. Der Aeltestenausschuß des Reichstages hat in seiner heutigen Sitzung die Dispositionen für die nächsten Tage getroffen. Morgen werden die Geschäftsordnungsanträge und Amnestieanträge beraten. Für die Sonnabendsitzung ist die Regierungserklärung in Aussicht genommen, weil erwartet wird, daß bis dahin die Bildung der Regierung vollzogen sein wird. Am Montag soll die Aussprache über die Regierungserklärung beginnen.

•

Dr. Jarres' Abschied.

Berlin, 8. Jan. Der bisherige Reichsinnenminister Dr. Jarres hat sich in der heutigen öffentlichen Vollsitzung des Reichsrats von diesem verabschiedet. Er wird in seine frühere Amtstätigkeit als Oberbürgermeister von Duisburg zurückkehren.

Reichstagssitzung.

Berlin, 8. Januar. Im Reichstag wurde heute ein Antrag auf Strafverfolgung des Abgeordneten Thälmann (Kom.) dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Das deutsch-polnische Abkommen wird dann in erster Beratung ohne Debatte dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen. Der zweite Punkt der Tagesordnung, die erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aenderung des Postgesetzes, wird angenommen. Abg. Dr. Kahl erklärt, es müßten dem Präsidenten auch Disziplinarbefugnisse gegeben werden auf dem Gebiet der Entziehung der Diäten und der Freifahrtkarten. Der Antrag wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Das Haus vertagt sich auf Freitag.

Berlin, 8. Jan. Zu Schriftführern des Reichstags sind 12 Abgeordnete gewählt worden, und zwar drei Sozialdemokraten, drei Deutschnationale, zwei Mitglieder des Zentrums und je ein Mitglied der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Berlin, 8. Jan. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages hat sich heute konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde der Abg. Hergt (Deutschnat.) gewählt.

Berlin, 8. Januar. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages stimmte dem kommunistischen Antrag zu, daß der kommunistische Abgeordnete Rosenbaum sofort aus der Haft zu entlassen sei, und das Gerichtsverfahren während der Sitzungsperiode des Reichstages eingestellt werde.

Der Barmat-Skandal.

45 Millionen Reichspostgelder für Barmat.

Der Postminister Höfle legt sein Reichstagsmandat nieder.

Berlin, 8. Januar. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat Reichspostminister Dr. Höfle sein Reichstagsmandat niedergelegt. Der Abgeordnete Lange-Hegermann ist dem Beispiel Dr. Höfles gefolgt. Der Rücktritt ist den Abgeordneten in einer Sitzung des Parteivorstandes der Zentrumspartei nahegelegt worden. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die Verwicklungen Höfles und Lange-Hegermanns in der Barmataffäre für diesen Schritt maßgebend gewesen sind. Nach anderen Meldungen wird Dr. Höfle auch sein Amt als geschäftsführender Postminister niederlegen. Wie der „Tag" erfährt, hat der Reichspostminister Dr. Hoefle den Barmats in den letzten Monaten des verflossenen Jahres Ueberschüsse der Reichspostverwaltung in Höhe von 45 Millionen zur Verfügung gestellt. Besonders auffallend sei dabei, daß diese Kredite, wie mit aller Bestimmtheit versichert wird, durch die Reichsbank in München ausgezahlt worden seien. Die Bank erhielt einfach den Auftrag, die Summen auszuzahlen, und zwar ohne daß diese Anordnungen durch die Gegenzeichnung eines Ministerialdirektors gedeckt wurden, was notwendig war, aber nicht geschah, weil aus irgendwelchen bisher noch unbekannten Gründen gerade die Verwaltung von der Ueberweisung jener Summen nichts erfahren sollte. Der Zentrumsabgeordnete Lange-Hegermann, der bis zum 31. Dezember Aufsichtsrat beim Barmatkonzern war, war bei der Uebermittlung der Postgelder an den Barmatkonzern tätig. Wie gewinnbringend diese Beteiligung gewesen war, kann daraus gefolgert werden, daß er sich zwei Fabrikunternehmungen gekauft hat.

Hoefles Erwiderung.

Reichspostminister Höfle erklärt zwar dazu in einer Erwiderung, daß die Behauptungen über den 45-Millionen-Kredit völlig aus der Luft gegriffen seien. Wie erst kürzlich amtlich mitgeteilt wurde, hätte die Reichspostverwaltung den Industrien des Barmatkonzerns einen Kredit in Höhe von 14,5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Die Beträge seien durch den Effekten- und Wechselbesitz gedeckt. Außerdem wurden bei 17 in- und ausländischen, von Sachverständigen anerkannten Versicherungsgesellschaften, Versicherungen dafür aufgenommen.

• • •

Berlin, 8. Januar. Beim Amtsgericht Berlin-Mitte ist Arrestantrag der früheren Frau des verstorbenen sozialdemokratischen Millionärs Parvus eingegangen. Nach diesem Antrag beträgt das hinterlassene Vermögen von Parvus 140 Millionen Goldmark.